



An
Herrn Bundesminister
Dirk Niebel
Bundesministerium für wirtschaftliche
Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)
Stresemannstraße 94
10963 Berlin

Berlin / Bielefeld, den 28. Juni 2010

Rücknahme des unangemessenen Drucks auf Namibia zur Unterzeichnung des EPA-Interimabkommens

Sehr geehrter Herr Minister Niebel,
mit diesem Brief möchten wir unsere Besorgnis über den unangemessen hohen Druck, der seitens der EU gegenwärtig auf die Regierung von Namibia in Zusammenhang mit der Unterzeichnung des EPA-Interimabkommens ausgeübt wird, zum Ausdruck zu bringen.

Die Verhandlungen der Südafrikanischen Entwicklungsgemeinschaft „SADC“ sind noch nicht abgeschlossen und es stehen weiterhin einige ungelöste Probleme zur Diskussion. Namibias Bedenken über den Inhalt der bisher paraphierten Fassung des Abkommens sind legitim und sollten von der EU respektiert werden.

Die Unterzeichnung des Interim-EPA hätte schwerwiegende Auswirkungen auf die landwirtschaftliche und industrielle Entwicklung in Namibia. Unter anderem würde Namibia die Möglichkeit verlieren, Exportsteuern auf Rohstoffe zu erheben – eine neue und potenziell wichtige Einnahmequelle und ein zentrales Instrument als Anreiz für die Entwicklung weiterverarbeitender Industrien im Lande.

Aus diesen Gründen sowie der Befürchtung, Marktzugänge zu den europäischen Märkten zu verlieren, paraphierte Namibia mit großem Widerstreben Ende 2007 das Interimabkommen - aber nur, nachdem Kommissionspräsident Manuel Barroso versprochen hatte, die noch ungeklärten Fragen 2008 im Rahmen von Neuverhandlungen aufzugreifen. Auf dieser Grundlage paraphierte Namibia das Abkommen im Dezember 2007 und legte eine Liste mit bis dahin ungeklärten Punkten bei. Diese Liste wurde zwischenzeitlich von Angola und Südafrika ergänzt.

Seitdem wurden mehrere dieser Punkte neu verhandelt. Allerdings wurden die neuen Formulierungen nicht mit in das bestehende Interimsabkommen eingearbeitet. Namibia wird also aufgefordert, eine Fassung der Vereinbarung zu unterschreiben und zu implementieren, welche die unveränderten problematischen Bestimmungen noch immer enthält.

Die EU beharrt darauf, dass Namibias Unterschrift unter das Abkommen zur Notifikation bei der WTO erforderlich ist, um die Legitimität des seit Ende 2007 gewährten Marktzugangs Namibias zur EU weiter gewährleisten zu können. Unserer Ansicht nach ist jedoch weder eine übereilte Notifikation zur Legitimierung des Marktzugangs Namibias zur EU, noch eine Unterzeichnung des Abkommens zur Notifikation erforderlich – dies könnte auch auf Basis der paraphierten Vereinbarungen erfolgen.

Zudem erlaubt die WTO, bereits notifizierte Vereinbarungen zu ändern und dann erneut anzumelden. Darüber hinaus scheinen - abgesehen von der MFN-Klausel, die die EU anstrebt - seitens der WTO bisher keine wirklich problematischen Fragen zu EPAs aufgeworfen worden zu sein.

Wir möchten Sie hiermit auffordern, sich bei EU-Kommissar Karel De Gucht dafür einzusetzen, dass die EU keinen weiteren Druck auf Namibia ausübt und konstruktiv mit den „SADC-EPA“ Ländern verhandelt, d.h.

- ausreichende Flexibilität bei den noch ausstehenden offenen Verhandlungspunkten zeigt;
- die Priorität der regionalen Integration respektiert;
- sicherstellt, dass kein Land schlechter da steht als vor den EPA-Verhandlungen und
- kein Land dazu gezwungen wird ein Abkommen zu unterzeichnen, das nicht seinen Interessen dient.

Wir freuen uns auf Ihre Antwort.

Mit freundlichen Grüßen

im Namen der StopEPA-Kampagne und der unterzeichnenden Organisationen



Dieter Simon
KOSA Koordination Südliches Afrika

FIAN Deutschland

KASA Kirchliche Arbeitsstelle Südliches Afrika

Weltwirtschaft, Ökologie & Entwicklung e.V. (WEED)

Welthaus Bielefeld

KOSA Koordination Südliches Afrika e.V.

August-Bebel-Str. 62

33602 Bielefeld

Cc: Bundeswirtschaftsminister Brüderle, BMWi